

Volksstimme

Einzelpreis 25 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. Verantwortlicher Redakteur Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Anzeigen: Wilhelm Bindow, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Preis pro Quartal 75 Pf. für den Abonnenten, 100 Pf. für den Besteller. — Einzelhefte 25 Pf. — Anzeigen-Kabatt wird verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Abdruck erfolgt. — Postamt Nr. 274 Berlin.

Druckpreis: Vierteljährlich einschl. Postgebühr 9.00 Mk., monatlich 3.00 Mk. Beim Abholen vom Druckereibetrieb 8.55 Mk., monatlich 2.85 Mk. Bei den Postämtern einstell. 9.00 Mk., monatlich 3.00 Mk. ohne Postgebühr. Einzelhefte 25 Pf. — Anzeigen-Kabatt: die besagte Kabattzeitung 1.00 Mk. im Restemerkel Heft 2.50 Mk. Vereinsabonnenten 50 Pf. Anzeigen-Kabatt wird verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Abdruck erfolgt. — Postamt Nr. 274 Berlin.

Nr. 53.

Magdeburg, Mittwoch den 3. März 1920.

31. Jahrgang.

Bismarck gegen die Hohenzollern.

„Ueber die Frage, welches Privateigentum einem kriegsführenden Monarchen nach dem Kriege bleibt, entscheidet erst der Friedensschluss; einen andern Richter darüber gibt es nicht. . . . Ich habe nicht gehört, daß die Vorfahren des Königs Georg, nachdem sie das Haus Stuart vom Throne Englands vertrieben hatten, diesem Hause durch Staatsgelder die Mittel geliefert hätten, der königlichen Armee bei Culloden gegenüberzutreten. Ich habe nicht gehört, daß die verschiedenen Zweige des Hauses Bourbon, deren Throne den Staatsumwälzungen in Frankreich, in Spanien, in Neapel zum Opfer fielen,

auf Kosten dieser Länder mit Dotationen versehen worden wären, die man die Absicht hätte haben können, ihnen zu lassen, wenn sie fremde Regionen oder französische oder italienische Regionen in der Fremde angeworben hätten, um sie gegen das eigene Land zu führen. Noch weniger ist es mir wahrscheinlich, daß die spanische Regierung es für ihre juristische Pflicht halten wird, der Königin Isabella Mittel gegen sie zu liefern, und daß von Italien her die Bourbonen in ihren Absichten durch Staatsmittel unterstützt würden. Ich führe dies nur an, um Ihnen die Geringschätzung zu kennzeichnen, mit welcher wir die stilkliche Entrüstung aufzunehmen haben, die sich von so vielen feindlichen Seiten geltend macht, als ob wir hier einen ungerechten, gewalttätigen Akt gegen einen an sich ungerecht seines Thrones beraubten Fürsten übten. Schuldig waren wir dem König Georg nichts; wir haben ein Beispiel der Großmut im Interesse des Friedens gegeben, wie es in der europäischen Geschichte meines Wissens nicht vorgekommen ist.“

So sprach im alten Preussischen Herrenhaus am 13. Februar 1869 der Ministerpräsident der Hohenzollern Graf Otto von Bismarck-Schönhausen über die

Beschlagnahme des Vermögens des früheren Königs von Hannover und des Kurfürsten von Hessen.

Die Vorgeschichte der Wegnahme des Vermögens der weggezogenen Herrscher von Hannover und Hessen durch die Hohenzollern ist überaus einfach. Nach dem siegreichen Kriege von 1866 verhandelte König Wilhelm von Preußen mit dem König Georg von Hannover und schloß mit diesem einen Vergleich, den Fürst Bismarck gegenzeichnete, vom 28. September 1867, in welchem dem abgesetzten Fürsten Entschädigung für ihr Eigentum gewährt wurde, u. a. dem König von Hannover eine Verabfindung von 16 Millionen Talern. An demselben Tag, an dem dieser Vergleich publiziert wurde, erschien eine Verordnung des Königs von Preußen, welche die Abfindungssumme beschlagnahmte. Diese Verordnung wurde später vom Abgeordnetenhaus und Herrenhaus mit überwältigender Mehrheit genehmigt, und Fürst Bismarck

fügte zu dem Schaden den Spott,

daß er nicht daran denke, das beschlagnahmte Vermögen auslos lassen zu lassen und die Zinsen aufzusammeln: In keinem Falle dürfte man sich der Besorgnis hingeben, daß die Staatsregierung etwa beabsichtige, durch Auffammlung der Revenuen eine Sparkasse für die Wittwen anzulegen; nützliche Verwendungen, namentlich im Interesse der Landesteile, welche die depostierten Fürsten früher beherrschten, würden sich immer finden lassen, insbesondere in Kirchorten, wo nützliche, ja notwendige Bauten ausgeführt werden könnten, deren Ausführung von der früheren Regierung beharrlich verweigert worden sei.

Das war zunächst eine glatte Konfiskation der Einkünfte aus dem Vermögen der abgesetzten Fürsten. Bismarck fügte hinzu, daß, wenn ihm genügend Gründe vorzu liegen schienen, er auch die Substanzen des Vermögens selbst wegnehmen würde. Um die ganze Robeheit seines Vorgehens zu erweisen, darf man nicht vergessen, daß vorher mit dem Fürsten von Hannover ein Vergleich abgeschlossen worden war. Durch diesen Vergleich war der frühere König von Hannover veranlaßt worden, die Vermögensstücke, die er rechtzeitig ins Ausland geschafft hatte, wieder zurückzubringen, und als alles zur Stelle war, legten die Hohenzollern und ihr Ministerpräsident die Hand darauf. Angeblich sollte der König von Hannover, was er allerdings stets bestritten hat, eine hannöversche Legion aufgestellt haben, um Preußen zu bekriegen. Nach der Schätzung des Fürsten Bismarck war diese Legion 1000 Mann stark, während das preussische Heer damals ungefähr auf eine Million zu bemessen war. Trotz dieses Kräfteverhältnisses erklärte Bis-

marck, daß die Notwehr dazu zwingt, den Welfenkönigen kein Geld in die Hand zu geben.

Es sei Freiheit, sich nicht zu wehren

und nicht die Degenspitze wegzuschlagen, die auf die eigene Brust gerichtet ist. „Ob diese Gefahr klein oder groß ist, darauf kommt nichts an.“

Als gegenüber diesen Argumentationen der alte Zentrumsführer Windthorst ein halbes Dutzend Verfassungsparagraphen anführte, gegen die das Bismarckische Vorgehen verstieße, und außerdem eine ganze Legion strafgesetlicher und moralischer Pflichten, die durch seine Methode verletzt würden, erwiderte der Ministerpräsident mit dem seitdem wohl auf ewig berühmten Wort, er werde, wenn es sich um die Sicherheit des innern Friedens handle, nicht über juristische Zwirnsfäden stolpern. Zergewisse juristische Pflicht zur Abfindung eines abgesetzten Königs bestie überhaupt nicht. Die königlich preussische Regierung hätte sich deshalb gar nicht erst darauf eingelassen, lange zu untersuchen, wieviel die früheren Fürstenhäuser besaßen hätten, sondern sie hätte die beseitigten Fürsten so ausstatten wollen, daß sie ohne beschämende Erinnerung an ihr politisches Unglück als gefallene Dynastie eine annehmbare Existenz führen könnten. Aber diese gute Absicht sei durch die Prätendentenrolle der Hohenzollern vereitelt worden.

Der bekannte demokratische Abgeordnete Waldeck erklärte Bismarcks Vorgehen für revolutionär, und der liberale Abgeordnete Braun fügte hinzu, es liege allerdings ein Gewaltakt vor, aber

dieser Gewaltakt sei geboten.

Nur der alte Windthorst blieb aus Treue gegen sein angestammtes Fürstenhaus dabei, daß das Geld der Welfen ihnen zurückgegeben werden müsse und nicht dazu dienen dürfe, Bismarck einen Geheimfondszur Besoldung und zähliger Spittel in die Hand zu geben. Aber Windthorst konnte schließlich nur sagen, daß einst die Monarchie an der Spree entgelten werde, man jetzt der Monarchie an der Reine und an der Fulda angetan hätte. Er weisagte den Hohenzollern, daß ihre rechtlose Gewaltpolitik früher oder später Schiffbruch leiden werde.

In der Tat, wenn irgendein Fürstenhaus nicht über Gewalt und Unrecht klagen darf, so sind es die Hohenzollern, und wenn wir jetzt gar nicht daran denken, ihnen ihr Privateigentum zu lassen, damit sie es dann nach Belieben gegen die Republik verwenden können, so dürfen die Hohenzollern nicht klagen: sie werden nur mit der Elle gemessen, die sie selbst angelegt haben — ihnen geschieht nur, was sie stets andern zugesagt haben. Die Geschichte des Welfenfonds genügt allein, um die Enteignung der Hohenzollern zu begründen. —

Oberschlesien unter der Besatzung.

Gleiwitz gleicht einem Heerlager. Vom Ring bis zum Bahnhof besetzen die Stahlblauen Uniformen der französischen Besatzung das Straßenbild. Eine ziemlich starke Besatzung ist gleich am zweiten Tag in die Stadt geworfen worden. Einige unliebsame Vorfälle am Abend des Besetzungstags haben dazu die Veranlassung. Ganz unnötigerweise verurteilten einige deutschpatriotische Personen ihren Gefühlen Luft zu machen. Sie fanden natürlich Mitleider. Das Ergebnis waren einige zerfahrene Scheiben an der Bank Ludowa, leichtere Verlastigungen französischer Offiziere und eine kleine Schramme im Gesicht, die sich der Kommandeur der Besatzungstruppen zuzog. Als er mit dem Automobil durch die Wilhelmstraße fuhr, warf ihm ein wild gewordener Patriot eine Bierflasche an den Kopf. Wäre das einem unserer Generale im belgischen Okkupationsgebiet passiert, dann erstle die unglückliche Stadt sicherlich ein schweres Strafgericht. Der französische Offizier war vernünftig genug, den Oberbürgermeister Miets lediglich darauf aufmerksam zu machen, daß solche Dummheiten in Zukunft unterbleiben.

Ueberhaupt benehmen sich die Franzosen äußerlich vollkommen korrekt. Die Verwaltung arbeitet unauffällig, still, aber energisch, scheinbar nach einem wohlüberreiteten System. Es ist unwahr, wenn behauptet wird, die Besatzung sei daran schuld, daß die Lebensmittelpreise steigen. Das liegt an den Verhältnissen. Wie der Zivilkom-

missar von Gleiwitz erklärte, ist den französischen Truppen streng verboten, Lebensmittel zu kaufen. Auch sonst haben sie ganz entschiedene Anweisungen, sich der Bevölkerung gegenüber zurückhaltend zu benehmen.

Ein besonderes Kapitel bildet allerdings das Kriegsgesetz der Kommission, das in Gleiwitz tagte. In rasend kurzer Zeit sind hier wegen geringer Vergehen

haarsträubende Urteile

gefällt worden. So erhielt ein Sicherheitsmann einen Monat Gefängnis, weil er einen französischen Offizier nicht gegrüßt hatte. Seine Entschuldigung, daß er die Uniform nicht kannte, und seine Bitte um Verzeihung halfen ihm nichts. Einige Arbeiter wurden lediglich auf die Auslage höchst verdächtiger Subjekte hin ebenfalls zu schweren Freiheitsstrafen verurteilt, weil sie sich abfällig über die Besatzung geäußert haben sollten. Ob diese Urteile aufrechterhalten werden, steht noch dahin. Es sind starke Bedenken gegen die Kompetenz des Kriegsgerichts laut geworden, und die Kommission soll sich wohl mit dieser Frage beschäftigen. Sehr wünschenswert wäre es, für die Besatzungsbehörde sowohl als auch für die Bevölkerung, wenn dem Kriegsgericht alle Zivilsachen entzogen und die schon erledigten Fälle vor ein ordentliches Zivilgericht gebracht werden würden.

Die politische und gewerkschaftliche Bewegungsfreiheit des ober-schlesischen Arbeiters ist von der Besatzungsbehörde zweifellos

sehr stark unterbunden.

Die schönen Zeiten der deutschen republikanischen Regierung sind vorüber. Dies zeigt wohl am deutlichsten die Verordnung des französischen Zivilkommandeurs einer der größten Industriestädte. In ihr heißt es u. a.:

Politische Fragen dürfen in keiner Versammlung zur Erörterung gelangen. Der Versammlungsvorstand ist dafür haftbar und hat eine diesbezügliche Versicherung mit dem Antrag bzw. vor der Versammlung einzureichen.

Die Versammlung darf nur in geschlossenem Raume stattfinden. Werden Räume eines öffentlichen Lokals hierzu benutzt, so ist der betreffende Raum lediglich für den Versammlungszweck und die Versammlungsteilnehmer zu reservieren, für alle übrigen Lokalbesucher zu sperren. An der Tür ist ein Plakat „Geschlossene Gesellschaft“ oder „Reserviert“ anzubringen.

An den Versammlungen dürfen nur solche Personen teilnehmen, die eine Einladung erhalten haben. Die Einladung darf unter keinen Umständen durch Zeitungsankündigungen oder durch öffentlichen Anschlag oder in ähnlicher öffentlicher Weise erfolgen.

Beim Gehen in die Versammlung und beim Fortgehen aus derselben dürfen sich keine Ansammlungen auf der Straße bilden. Die Versammlungsteilnehmer dürfen auch nicht den Weg zur oder von der Versammlung im geschlossenen Zuge zurücklegen.

Es sei hier bemerkt, daß die deutschen Polizeibehörden für die gewissenhafte Durchführung dieser Verordnung sorgen, wenigstens Deutschen gegenüber. Die Polen halten in den Dörfern ihre Versammlungen ab, wann und wo sie wollen. Dazu laden sie alle Einwohner durch Plakate ein, die einfach an den Häusern oder Bäumen angeklebt werden. Für sie existiert scheinbar die Verordnung des Zivilkommissars nicht. Es ist übrigens fraglich, ob die schlesische Arbeiterbevölkerung auf die Dauer eine solche Beschränkung ihrer Versammlungsfreiheit ertragen kann. Die Kommission würde verständlich handeln, wenn sie hier die Bügel nicht allzu straff anziehen würde. Nach strenger werden freilich die ehemals „preussischen“ Staatsbeamten behandelt. Dazu gehören auch die Lehrer. Der Zivilkommissar des Kreises Kreuzburg, ein französischer Lieutenant, ordnete einfach an, daß kein Staatsbeamter ohne Erlaubnis der alliierten Kommission Oberschlesien verlassen darf, sei es auch nur besuchsweise. Für Reisen außerhalb des besetzten Gebiets haben die Beamten eine Erlaubnis einzuholen. Dabei müssen sie genau angeben, zu welchem Zwecke sie reisen wollen. Damit ist ihre

Freizügigkeit vollständig aufgehoben.

Es heißt, daß diese Maßnahme nur kurze Zeit bestehen solle. Das wäre auch zu wünschen. Denn wenn das die auf wahre Freiheit begründete, den Oberschlesiern von den Alliierten gewährte Gerechtigkeit sein soll, wie die Proklamation der Kommission so schön sagt, dann verzichten wir gern.

Volksstimme

Einzelpreis 25 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Bindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Bismarck & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnr. 1111. Für Inserate 1927 für die Redaktion 1794. Für den Verlag u. die Druckerei 961. Postzustelln. 1. Nachtrag. Seite 17. — Einzelpreis: Vierteljährlich einschl. Postgebühr 9.00 Mk., monatlich 3.00 Mk. Beim Abholen von Bestellungen von außerhalb des Postbezirks 1.00 Mk. monatlich 3.00 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 9.00 Mk., monatlich 3.00 Mk. Einzelhefte 1.00 Mk. im Kleinverkauf 0.50 Mk. Vereinsabnahme 0.25 Mk. Anzeigen-Abgabe, nicht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen abgemittelt. — Postzustelln. Nr. 2958 Berlin.

Nr. 53.

Magdeburg, Mittwoch den 3. März 1920.

31. Jahrgang.

Bismarck gegen die Hohenzollern.

„Ueber die Frage, welches Privateigentum einem kriegführenden Monarchen nach dem Kriege bleibt, entscheidet erst der Friedensschluss; einen andern Richter darüber gibt es nicht. . . . Ich habe nicht gehört, daß die Vorfahren des Königs Georg, nachdem sie das Haus Stuart vom Throne Englands vertrieben hatten, diesem Hause durch Staatsgelder die Mittel geliefert hätten, der königlichen Armee bei Culloden gegenüberzutreten. Ich habe nicht gehört, daß die verschiedenen Zweige des Hauses Bourbon, deren Throne den Staatsumwälzungen in Frankreich, in Spanien, in Neapel zum Opfer fielen,

auf Kosten dieser Länder mit Dotationen versehen worden wären, die man die Absicht hätte haben können, ihnen zu lassen, wenn sie fremde Regionen oder französische oder italienische Regionen in der Fremde angeworben hätten, um sie gegen das eigene Land zu führen. Noch weniger ist es mir wahrscheinlich, daß die spanische Regierung es für ihre juristische Pflicht halten wird, der Königin Isabella Mittel gegen sie zu liefern, und daß von Italien her die Bourbonen in ihren Absichten durch Staatsmittel unterstützt würden. Ich führe dies nur an, um Ihnen die Geringschätzung zu kennzeichnen, mit welcher wir die sittliche Entrüstung aufzunehmen haben, die sich von so vielen feindlichen Seiten geltend macht, als ob wir hier einen ungerechten, gewalttätigen Akt gegen einen am sich ungerecht seines Thrones beraubten Fürsten übten. Schuldig waren wir dem König Georg nicht; wir haben ein Beispiel der Großmut im Interesse des Friedens gegeben, wie es in der europäischen Geschichte meines Wissens nicht vorgekommen ist.“

So sprach im alten Preussischen Herrenhaus am 13. Februar 1869 der Ministerpräsident der Hohenzollern Graf Otto von Bismarck-Schönhausen über die

Beschlagnahme des Vermögens des früheren Königs von Hannover und des Kurfürsten von Hessen.

Die Vorgeschichte der Wegnahme des Vermögens der weggegangenen Herrscher von Hannover und Hessen durch die Hohenzollern ist überaus einfach. Nach dem siegreichen Kriege von 1866 verhandelte König Wilhelm von Preußen mit dem König Georg von Hannover und schloß mit diesem einen Vergleich, den Fürst Bismarck gegenzeichnete, vom 28. September 1867, in welchem dem abgesetzten Fürsten Entschädigung für ihr Eigentum gewährt wurde, u. a. dem König von Hannover eine Verabfindung von 16 Millionen Talern. An demselben Tag, an dem dieser Vergleich publiziert wurde, erschien eine Verordnung des Königs von Preußen, welche die Abfindungssumme beschlagnahmte. Diese Verordnung wurde später vom Abgeordnetenhaus und Herrenhaus mit überwältigender Mehrheit genehmigt, und Fürst Bismarck

fügte zu dem Schanden den Spott,

daß er nicht daran denke, das beschlagnahmte Vermögen nutzlos liegen zu lassen und die Zinsen aufzusammeln: In keinem Falle dürfte man sich der Beforgnis hingeben, daß die Staatsregierung etwa beabsichtige, durch Auffammlung der Revenuen eine Sparkasse für die Beteiligten anzulegen; nützliche Verwendungen, namentlich im Interesse der Landbesten, welche die depostierte Fürsten früher beherbergt hätten, würden sich immer finden lassen, insbesondere in Kirchen, wo nützliche, ja notwendige Bauten ausgeführt werden könnten, deren Ausführung von der früheren Regierung beharrlich verweigert worden sei.

Das war zunächst eine glatte Konfiskation der Einkünfte aus dem Vermögen der abgesetzten Fürsten. Bismarck fügte hinzu, daß, wenn ihm genügend Gründe vorzu liegen schienen, er auch die Substanzen des Vermögens selbst wegnehmen würde. Um die ganze Robeheit seines Vorgehens zu erweisen, darf man nicht vergessen, daß vorher mit dem Fürsten von Hannover ein Vergleich abgeschlossen worden war. Durch diesen Vergleich war der frühere König von Hannover veranlaßt worden, die Vermögensstücke, die er rechtzeitig ins Ausland geschafft hatte, wieder zurückzubringen, und als alles zur Stelle war, legten die Hohenzollern und ihr Ministerpräsident die Hand darauf. Angeblich sollte der König von Hannover, was er allerdings stets bestritten hat, eine hannöversche Legion aufgestellt haben, um Preußen zu bekriegen. Nach der Schätzung des Fürsten Bismarck war diese Legion 1000 Mann stark, während das preussische Heer damals ungefähr auf eine Million zu bemessen war. Trotz dieses Kräfteverhältnisses erklärte Bis-

marck, daß die Notwehr dazu zwingt, den Welfenkönigen kein Geld in die Hand zu geben.

Es sei Freiheit, sich nicht zu wehren

und nicht die Denkmäler wegzuschlagen, die auf die eigene Brust gerichtet ist. „Ob diese Gefahr klein oder groß ist, darauf kommt nichts an.“

Als gegenüber diesen Argumentationen der alte Zentrumsmittler Windthorst ein halbes Duzend Verfassungsparagraphen anführte, gegen die das Bismarcksche Vorgehen verstieße, und außerdem eine ganze Legion strafgesetlicher und moralischer Pflichten, die durch seine Methode verkehrt würden, erwiderte der Ministerpräsident mit dem seitdem wohl auf ewig berühmten Wort, er werde, wenn es sich um die Sicherheit des innern Friedens handle, nicht über juristische Zwirnsfäden stolpern. Jemandeiner juristische Pflicht zur Abfindung eines abgesetzten Königs besche überhaupt nicht. Die königlich preussische Regierung hätte sich deshalb gar nicht erst darauf eingelassen, lange zu untersuchen, wieviel die früheren Fürstenhäuser besaßen hätten, sondern sie hätte die beseitigten Fürsten so ausstatten wollen, daß sie ohne beschämende Erinnerung an ihr politisches Unglück als gefallene Dynastie eine annehmbare Existenz führen könnten. Aber diese gute Absicht sei durch die Präbendentenrolle der Hohenzollern vereitelt worden.

Der bekannte demokratische Abgeordnete Walbed erklärte Bismarcks Vorgehen für revolutionär, und der liberale Abgeordnete Braun fügte hinzu, es liege allerdings ein Gewaltakt vor, aber

dieser Gewaltakt sei geboten.

Nur der alte Windthorst blieb aus Treue gegen sein angestammtes Fürstenhaus dabei, daß das Geld der Welfen ihnen zurückgegeben werden müsse und nicht dazu dienen dürfe, Bismarck einen Geheimfonds zur Besoldung unzähliger Spitzel in die Hand zu geben. Aber Windthorst konnte schließlich nur sagen, daß einst die Monarchie an der Spree entgelten werde, man jetzt der Monarchie an der Weine und an der Fulda angetan hätte. Er wies auf die Hohenzollern, daß ihre rechtlose Gewaltpolitik früher oder später Schiffbruch leiden werde.

In der Tat, wenn irgendein Fürstenhaus nicht über Gewalt und Unrecht klagen darf, so sind es die Hohenzollern, und wenn wir jetzt gar nicht daran denken, ihnen ihr Privateigentum zu lassen, damit sie es dann nach Belieben gegen die Republik verwenden können, so dürfen die Hohenzollern nicht klagen: sie werden nur mit der Elle gemessen, die sie selbst angelegt haben — ihnen geschieht nur, was sie stets andern zugefügt haben. Die Geschichte des Welfenfonds genügt allein, um die Enteignung der Hohenzollern zu begründen. —

Oberschlesien unter der Besatzung.

Gleitwicz gleicht einem Heerlager. Vom Ring bis zum Bahnhof beleben die Stahlblauen Uniformen der französischen Besatzung das Straßenbild. Eine zientlich starke Besatzung ist gleich am zweiten Tag in die Stadt geworfen worden. Einige unliebsame Vorfälle am Abend des Besetzungstags haben dazu die Veranlassung. Ganz unnötigerweise verurteilten einige deutschpatriotische Personen ihren Gefühlen Luft zu machen. Sie fanden natürlich Mitleider. Das Ergebnis waren einige zerdrückene Scheiben an der Bank Ludowa, leichtere Befestigungen französischer Offiziere und eine kleine Schramme im Gesicht, die sich der Kommandeur der Besatzungstruppen zuzog. Als er mit dem Automobil durch die Wilhelmstraße fuhr, warf ihm ein wild gewordener Patriot eine Bierflasche an den Kopf. Wäre das einem unserer Generale im belgischen Okkupationsgebiet passiert, dann ereilte die unglückliche Stadt sicherlich ein schweres Strafgericht. Der französische Offizier war vernünftig genug, den Oberbürgermeister Miets lediglich darauf aufmerksam zu machen, daß solche Dummheiten in Zukunft unterbleiben.

Ueberhaupt benehmen sich die Franzosen äußerlich vollkommen korrekt. Die Verwaltung arbeitet unauffällig, still, aber energisch, scheinbar nach einem wohlüberreiteten System. Es ist unklar, wenn behauptet wird, die Besatzung sei daran schuld, daß die Lebensmittelpreise steigen. Das liegt an den Verhältnissen. Wie der Zivilkom-

missar von Gleiwitz erklärte, ist den französischen Truppen streng verboten, Lebensmittel zu kaufen. Auch sonst haben sie ganz entschiedene Anweisungen, sich der Bevölkerung gegenüber zurückhaltend zu benehmen.

Ein besonderes Kapitel bildet allerdings das Kriegsgeschehen der Kommission, das in Gleiwitz lagte. In rasend kurzer Zeit sind hier wegen geringer Vergehen

haarsträubende Urteile

gefällt worden. So erhielt ein Sicherheitsmann einen Monat Gefängnis, weil er einen französischen Offizier nicht gegrüßt hatte. Seine Entschuldigung, daß er die Uniform nicht kannte, und seine Bitte um Verzeihung halfen ihm nichts. Einige Arbeiter wurden lediglich auf die Auslage höchst verdächtiger Subjekte hin ebenfalls zu sechs Monaten Freiheitsstrafe verurteilt, weil sie sich abfällig über die Besatzung geäußert haben sollten. Ob diese Urteile aufrechterhalten werden, steht noch dahin. Es sind starke Bedenken gegen die Kompetenz des Kriegsgerichts laut geworden, und die Kommission soll sich wohl mit dieser Frage beschäftigen. Sehr wünschenswert wäre es, für die Besatzungsbehörde sowohl als auch für die Bevölkerung, wenn dem Kriegsgericht alle Zivilsachen entzogen und die schon erledigten Fälle vor ein ordentliches Zivilgericht gebracht werden würden.

Die politische und gewerkschaftliche Bewegungsfreiheit des ober-schlesischen Arbeiters ist von der Besatzungsbehörde zweifellos

sehr stark unterbunden.

Die schönen Zeiten der deutschen republikanischen Regierung sind vorüber. Dies zeigt wohl am deutlichsten die Verordnung des französischen Zivilkommandeurs einer der größten Industriestädte. In ihr heißt es u. a.:

Politische Fragen dürfen in keiner Versammlung zur Erörterung gelangen. Der Versammlungsleiter ist dafür haftbar und hat eine diesbezügliche Versicherung mit dem Antrag bzw. vor der Versammlung einzubringen.

Die Versammlung darf nur in geschlossenem Räume stattfinden. Werden Räume eines öffentlichen Lokals hierzu benutzt, so ist der betreffende Raum lediglich für den Versammlungszweck und die Versammlungsteilnehmer zu reservieren, für alle übrigen Lokalesucher zu sperren. An der Tür ist ein Plakat „Geschlossene Gesellschaft“ oder „Reserviert“ anzubringen.

An den Versammlungen dürfen nur solche Personen teilnehmen, die eine Einladung erhalten haben. Die Einladung darf unter keinen Umständen durch Zeitungsbelegungen oder durch öffentlichen Anschlag oder in ähnlicher öffentlicher Weise erfolgen.

Beim Hingehen in die Versammlung und beim Fortgehen aus derselben dürfen sich keine Ansammlungen auf der Straße bilden. Die Versammlungsteilnehmer dürfen auch nicht den Weg zur oder von der Versammlung im geschlossenen Zuge zurücklegen.

Es sei hier bemerkt, daß die deutschen Polizeibehörden für die gewissenhafte Durchführung dieser Verordnung sorgen, wenigstens Deutschen gegenüber. Die Polen halten in den Dörfern ihre Versammlungen ab, wann und wo sie wollen. Dazu laden sie alle Einwohner durch Plakate ein, die einfach an den Häusern oder Bäumen angeklebt werden. Für sie existiert scheinbar die Verordnung des Zivilkommissars nicht. Es ist übrigens fraglich, ob die schlesische Arbeiterbevölkerung auf die Dauer eine solche Beschränkung ihrer Versammlungsfreiheit ertragen kann. Die Kommission würde verständlich handeln, wenn sie hier die Bügel nicht allzu straff anziehen würde. Noch strenger werden freilich die ehemals „preussischen“ Staatsbeamten behandelt. Dazu gehören auch die Lehrer. Der Zivilkommissar des Kreises Kreuzburg, ein französischer Oberleutnant, ordnete einfach an, daß kein Staatsbeamter ohne Erlaubnis der okkupierten Kommission Oberschlesien verlassen darf, sei es auch nur besuchsweise. Für Reisen außerhalb des besetzten Gebiets haben die Beamten eine Erlaubnis einzuholen. Dabei müssen sie genau angeben, zu welchem Zwecke sie reisen wollen. Damit ist ihre

Freizügigkeit vollständig aufgehoben.

Es heißt, daß diese Maßnahme nur kurze Zeit bestehen solle. Das wäre auch zu wünschen. Denn wenn das die auf wahre Freiheit begründete, den Oberschlesiern von den Alliierten gewährte Gerechtigkeit sein soll, wie die Proklamation der Kommission so schön sagt, dann verzichten wir gern.

Der Kampf gegen das neue System.

Die Luft ist wieder voller Krifengerüchte, die veranlaßt werden durch den Verlauf des Prozesses gegen Helfferich. Der Kampf, den dieser Mann vor den Schranken des Gerichts gegen Erzberger führt, gilt keineswegs der Person, sondern dem System. Wäre Erzberger ein Parteifreund und Helfferich, oder wäre er nicht der Reichsfinanzminister, der mit energischer Hand zugegriffen hat und dabei auch nicht das Vortommone der Besitzenden verschont hat, dann wäre dieser Prozeß niemals anhängig gemacht worden, selbst wenn Erzberger noch üblere Geschäfte gemacht hätte.

Nach dem jetzigen Stande der Dinge muß mit dem endgültigen Mikttritt des Reichsfinanzministers gerechnet werden. Nicht nur der Verlust einer überaus tüchtigen Arbeitskraft, sondern vor allen Dingen die Tatsache, daß Erzberger von einem Helfferich zur Strecke gebracht wurde, macht den Mikttritt besonders schmerzhaft. Die Deutschnationalen und ihre Anhänger werden natürlich den Fall Erzberger als Charakteristikum der parlamentarischen Regierung hinstellen. Wenn sie auch bei urteillosen Menschen mit dieser Agitationsphrase Geschöde finden, so ändert das doch nichts an der Tatsache, daß dieser Prozeß auch nicht den Schatten eines Beweises für eine Korruption innerhalb der Regierung erbrachte. Erzberger ist eben der Typus des Staatsmannes, der in der Zeit vor und während des Krieges in Deutschland regierte. Was er tat, taten die andern ebenfalls, nur mit dem Unterschied, daß sie offenbar sehr viel geschäftslüchtiger waren als er.

Sobald nach der Suspension Erzbergers vom Amte erschienen in gewissen Plätzen Nachrichten, die durchblicken ließen, daß man zum Nachfolger Erzbergers einen Mann bestimmen sollte, der auf steuerpolitischem Gebiet nicht in die Erzbergerischen Fußstapfen treten würde. In den letzten Tagen meldeten sogar einige Blätter mit aller Bestimmtheit, daß die von Erzberger in Angriff genommene Steuerreform nicht werde durchgeführt werden. Aus welcher Quelle diese Meldungen fließen, ist nicht schwer zu erraten. Diejenigen, die den Kampf gegen den Vater des Reichsnotopfers führen, sind ungewisslich ihre Urheber. Damit geben sie aber ganz unumwunden zu, was hinter ihrem Kampfe gegen Erzberger steckt. Sie wollen unter allen Umständen nicht nur das neue System und seine Träger dinstreitigen, sie wollen sie stürzen, wollen damit der Demokratie einen schweren, wenn nicht den Todesstoß versetzen, um dann ihre Herrschaft aufzurichten, die sich stützt auf die Geldsäcke der Kapitalisten und die Bajonette und sich nährt von der Arbeit der Mehrheit des Volkes.

In diesem Kampfe gegen das System ist Erzberger ungewisslich seinem Gegner unterlegen. Das System als solches ist davon aber nicht im geringsten berührt. Hier darf es unter gar keinen Umständen ein Zurückweichen geben. Die Niederlage Erzbergers darf den Kapitalisten nicht eine Mark Gewinn einbringen. Der von Erzberger beschrittene Weg der Gewerkegesetzgebung, der gleichbedeutend ist mit der scharfen Heranziehung der kapitalistischen Kreise, darf nicht verlassen werden. Ein Zurückweichen würde die Regierung in eine schwierige Situation bringen und der Demokratie keineswegs von Nutzen sein.

Konservativ und deutschnational.

Ein Berliner Blatt brachte jüngst die Meldung von Spaltungstendenzen in der Deutschnationalen Volkspartei. Die feudalen und großagratischen Elemente fühlen sich unbehaglich unter der Führung der christlichen Arbeiterssekretäre, Verbandsvertreter usw. Es handelt sich im wesentlichen um die Absicht, die alte konservative Partei wiederherzustellen. Wie weit diese Absichten gebieten sind, läßt sich heute schwer sagen; aber jedenfalls ist das Bestehen dieser Absichten kein Wunder.

Am 9. November 1918 verstand die alte konservative Partei vollkommen vom Schauplatz. An ihre Stelle trat die Deutschnationale Volkspartei. Sie umfaßte alle Gruppen, die ehemals zur Rechten gehört hatten, also außer den Konservativen die Freikonservativen, die Antifemiten verschiedener Schattierungen (Deutschnationale, Christlichsoziale, Reformpartei), Mittelständler, Landbündler usw. Während aber in der alten Rechten der Schwerpunkt bei den Konservativen gelegen hatte und die kleinen Parteien nur die Rolle von Hilfsstützen der großen konservativen Partei spielten, war jetzt der Schwerpunkt auf die ehemaligen Lebengruppen übergegangen.

Die Rechte hat sich innerlich umgruppiert. Dazu hat sie alle Ursache, denn mit rein konservativer Führung war nach der Revolution überhaupt nichts mehr zu machen. Die Konservativen waren im wesentlichen eine ländlich großagratische Partei. Ihre Macht ging so weit, wie die Macht des Großgrundbesitzes reichte. Sie beruhte einmal auf der ungeheuren Bevorzugung der ländlichen Wahlkreise durch die veraltete Wahlkreiseinteilung, zweitens auf der Beherrschung der Landarbeiter durch die Junker. Beides ging mit der Revolution für die Konservativen verloren. Die ländliche Wählerstimme hat heute nicht mehr Einfluß als die städtische und die Landarbeiter haben das Loch der Hörigkeit gebrochen, sie leisten bei Wahlen, wie die Ergebnisse aus Pommern und Ostpreußen beweisen, dem Terror des Junkertums entschiedenen Widerstand.

Wollte die Rechte überhaupt Zukunftsmöglichkeiten haben, so mußte sie in die Städte gehen und Anhang unter den Schichten finden, die der sozialistischen Entwicklung feindlich gegenüberstehen. Da war denn der frühere städtische Vortrupp, der Antifemismus, jetzt die geeignete Führung. Um ihn hatten sich schon früher die Schichten gruppiert, die teils in der kapitalistischen Entwicklung verankert, teils sich in ihr noch nicht zurechtfinden konnten. Während sie aber früher nur Gefolgsleute im Heerbann der ländlichen Junker bildeten, erwuchs ihnen jetzt die Führerschaft in der neuen Partei. Natürlich konnten sie auch das altkonservative Programm, das ganz vom Gesichtspunkte der Adels herrschaft aus geschrieben war, vom Standpunkte ihrer Interessen aus nicht akzeptieren, an seine Stelle trat der schon längst bekannte Nationalismus.

Für die Folgen Junker bedeutet es freilich eine tiefe Demütigung, sich der Führung von Handwerker, deutschnationalen Handlungsgesellen, Ladenbesitzern, Hausbesitzern usw. unterordnen zu müssen. Daß sie in ihrem angeborenen Herrscherdrang wieder die Führer werden möchten, ist leicht zu begreifen. Etwas anderes ist freilich die Frage, ob ihre Stunde bereits gekommen ist.

Ostpreußen blockiert.

Präsident Nitzmann vom Landesfinanzamt Ostpreußen. Mitglied der deutschen Delegation für Verkehrsangelegenheiten in Warschau, berichtet über den polnischen Standpunkt bei den Verhandlungen über den Durchgangsverkehr von Deutschland nach Ostpreußen unter anderem: Einen Durchgangsverkehr vom Rumpfe Deutschlands nach Ostpreußen durch Polen gibt es nicht, denn Polen und Ostpreußen grenzen gar nicht aneinander, weil der Freistaat Danzig und die Abstimmungsgebiete Marienwerder und Allenstein dazwischen liegen. Polen erkennt die Souveränität Deutschlands über die Abstimmungsgebiete nicht mehr an.

Im Personenverkehr lehnt Polen den Durchgang über Dirschau nach dem Abstimmungsgebiet Marienburg ab, da Dirschau für den jetzigen Kriegszustand Polens mit Sowjetrußland ein äußerst wichtiger Eisenbahnknotenpunkt für den Nachschub von Danzig nach Polen sei, so daß es neben dem jetzt zugelassenen Schnellzug Berlin-Danzig einen weiteren Schnellzugsverkehr nach Königsberg nicht aufnehmen könne. Im Wechselgüterverkehr von Deutschland nach Polen und umgekehrt ist Ostpreußen in den polnischen Vorschlägen überhaupt nicht berücksichtigt.

Die vom polnischen Finanzministerium unter derhand mitgeteilten Vorschläge für das Postverfahren bei Uebergang aus Deutschland nach Polen und umgekehrt erschließen den Verkehr vollständig, da auf die polnischen Vorschläge zur Wahrung des deutschen Postinteresses und Verhütung der verbotenen Warenausfuhr aus Deutschland unmöglich eingegangen werden kann.

Partei und Hohenzollernabfindung.

Die sozialdemokratischen Fraktionen der Deutschen Nationalversammlung und der Preussischen Landesversammlung beschäftigten sich am Montagabend in einer gemeinsamen Sitzung mit der Frage der Vermögensauseinandersetzung zwischen dem Staat und der vormaligen Krone Preußens. Die übereinstimmende Meinung der allermeisten Redner ging dahin, daß das Vermögen der Hohenzollernfamilie als Eigentum der Allgemeinheit zu betrachten sei. Die Familie überhaupt keine Entschädigung schulde. Man gab sich keinem Zweifel darüber hin, daß weder von der bürgerlichen Mehrheit der Nationalversammlung noch von jener der Landesversammlung eine Anerkennung des grundsätzlichen sozialdemokratischen Standpunktes zu erwarten sei. Aber selbst mit Rücksicht auf diese gegebenen Mehrheitsverhältnisse kann nach der übereinstimmenden Meinung beider Fraktionen auf keinen Fall dem vorgeschlagenen Vergleich zugestimmt werden, der ungeheure Vermögenswerte in der Hand der vormaligen regierenden Familie beläßt.

An dem unglücklichen Ausfall dieses Ausgleichsversuchs trägt nach allgemeiner Auffassung in erster Linie die gegebene Reichslage schuld, die nur durch ein Reichsgesetz auf Grund des Artikels 153 der Reichsverfassung geändert werden kann. Die sozialdemokratischen Mitglieder der preussischen Staatsregierung würden eine solche Änderung, die ihnen eine bessere Wahrung der Allgemeininteressen gestatten würde, freudig begrüßen. Die sozialdemokratische Fraktion der Deutschen Nationalversammlung ist bereit, alle ihre Kräfte einzusetzen, um ein derartiges Reichsgesetz zustande zu bringen und hat sich dafür die Unterstützung der Genossen in der Reichsregierung gesichert.

In der heutigen Sitzung der Preussischen Landesversammlung wird der grundsätzliche, scharf ablehnende Standpunkt der Fraktion gegen den Vergleichsvorschlag begründet werden. Der Vorschlag wird dann einem Ausschuss überwiesen werden. Man hofft mittlerweile, auch die bürgerlichen Mehrheitsparteien davon überzeugen zu können, daß der vorliegende Vergleichsvorschlag auf keinen Fall Gesetz werden darf, weil dies zu einer ungeheuren Erregung in weitesten Volksschichten und zu einer Krise in Reich und Staat führen müßte, und daß nur die Reichsregierung den Weg öffnet, um aus der gegebenen schwierigen Lage herauszukommen, über deren Ernst man sich keiner Täuschung hingeben darf.

Die sozialdemokratische Fraktion der Landesversammlung wird heute beantragen, die Reichsregierung möge durch die Staatsregierung aufgefordert werden: „Unverzüglich ein Reichsgesetz herbeizuführen, das die Bestimmung des Artikels 153 der Reichsverfassung zur Geltung bringt, wonach die angemessene Entschädigung und die Zulässigkeit des Rechtswegs für die Enteignung des vormaligen preussischen Königshauses zum Wohle der Allgemeinheit anders bestimmt werden kann.“

Obstruktion der Bergwerksunternehmer.

Zwischen der Regierung und den Bergwerksunternehmern wird gegenwärtig darum gekämpft, ob die Mittel, die für den Ausbau der Werke aufzubringen sind, den Unternehmern ohne weiteres zufließen sollen, oder ob das Reich für die Herstellung der Mittel Einfluß auf die Werke erhalten soll. Am 28. Februar fand eine Sitzung im Reichswirtschaftsministerium statt, in der über die von der Regierung aufgestellten Richtlinien, nach denen die Gelder gewährt werden sollen, verhandelt wurde. Ein Resultat wurde nicht erzielt, da die Meinungen sich unüberbrückbar gegenüberstanden. Am Nachmittag desselben Tages fand dann die Unternehmung zum Angriff gegen die Gemeinwirtschaft übergegangen.

In einer Sitzung des Reichs-Kohlenverbandes, in der die gleichen Fragen wie am Vormittag verhandelt werden sollten, wurde infolge der am Morgen ausgebliebenen Verständigung dieser Punkt von der Tagesordnung abgehakt.

Sodann wurde die Frage der Erhöhung der Kohlenpreise infolge des 100prozentigen Lohnzuschlags zu den Förderüberhöhen besprochen, die auf Grund der Verabredung zwischen Reichsregierung, Unternehmern und Arbeiterchaft im Ruhrrevier gewährt werden. Es wurde ein Preisaufschlag von 15 Mark pro Tonne verlangt, der sich aus 9 Mark für Lohnlofen und 6 Mark Materialpreiserhöhung zusammensetzt. Diese Preiserhöhung wurde bewilligt. Es wurde jedoch erklärt, daß die Erhöhung der Förderung zu einem Preisaufschlag führen wird, wenn die Eisenbahn nicht für eine bessere Abförderung der Kohlen Sorge trägt.

Im Anschluß hieran sprach Stinnes über die Verteilung der Mehrförderung. Außer den sachlichen Vorschlägen, welche Stellen bei der Verteilung an erster Stelle zu berücksichtigen sind, verlangte man, daß zwei Fünftel der Mehrförderung, das heißt bis zu einer Million Tonnen pro Monat, den Unternehmern ohne Preisbindung zur freien Verfügung zu überlassen seien, damit sie durch die Lieferung dieser Mengen jene Werke, die Bergwerksmaterial liefern, beeinflussen könnten.

Gegen diesen Vorschlag muß von Seiten der auf dem Boden der Gemeinwirtschaft stehenden der allerhöchste Protest erhoben werden, denn eine Erfüllung des Vorschlags müßte unübersehbare Konsequenzen nach sich ziehen. Eine Million Tonnen Kohlen pro Monat im freien Handel würde zu einer derartig wahnwitzigen Preissteigerung der gesamten Produktion führen, daß die Folgen überhaupt nicht abzusehen sind. Es ist eine Kommission gebildet worden, in der von Arbeitervereinigungen, Völkler vom Bergarbeiterverband sowie Schmidt vom Christlichen Bergarbeiterverband vertreten sind. Diese Kommission soll sich mit den Stinnes'schen Vorschlägen weiter befassen. Zuerst aber soll sie beim Reichs-Eisenbahnminister vorstellig werden, um eine bessere Wägungstellung in der Bergbaubezirke zu erreichen.

Der französische Eisenbahnerstreik.

Die Führer der Pariser Eisenbahnarbeiter Strolle, Lecque und Deardard wurden Montag um 6 Uhr verhaftet. Die Wagnisse haben in den Gewerkschaftskreisen eine große Aufregung hervorgerufen.

Nach einer Vorausmeldung aus Straßburg ist in der Schlußsitzung des sozialistischen Kongresses mitgeteilt worden, daß die Eisenbahner von Elsaß-Lothringen sich dem Ausstand angeschlossen haben.

Der Pariser Vortragsverkehr ist vollständig eingestellt worden. Die Zufuhr von Lebensmitteln nach Paris konnte durch Militärautos sichergestellt werden, so daß ein empfindlicher Nahrungsmangel verhindert wurde. Dagegen sind die Protrationen bedeutend beschränkt worden, da man infolge des Streiks auf den staatlichen Westbahnen mit Zufuhren aus den atlantischen Häfen nicht rechnen kann. Sonntag nachmittag fanden zahlreiche Versammlungen der Eisenbahner statt. Die Polizei verhaftete mehrere Redner. Die Mobilisierungsbefehle sind fertig und sollen herausgegeben werden.

Korruption unter der alten Regierung.

Die Preussische Landesversammlung erlebte am Montag eine Anzahl Kleinigkeiten. Zunächst wurde der sozialdemokratische Antrag auf Vorlegung einer Denkschrift über die in Preußen vorhandenen Wasserkräfte und auf rechtliche Ausnutzung der Kohle einmütig angenommen. Die Unabhängigkeit beschwerten sich über die Verammlungsverbote, die es ihren Abgeordneten unmöglich gemacht hätten, ihren Wählern Rechenschaft abzulegen. Im Mittelpunkt des Interesses stand die Aussprache über die angebliche Parteipropaganda mit Staatsmitteln. Der Opposition, für die der Deutschnationale Abgeordnete Nibel sprach, gelang es nicht, auch nur eine einzige ihrer Behauptungen zu beweisen. Ministerpräsident Hirsch wies vor allem darauf hin, daß die Fälle von Korruption, die bisher festgestellt worden sind, nicht nach der Revolution vorgekommen sind, sondern noch unter dem alten System. Genosse Meyer (Mehne) fügte dem noch die Bitte an, die Rechte hinzu, sich an ihre eigene Nase zu fassen, denn unter ihrer Herrschaft war jeder Beamte Vertrauensmann der konservativen Partei. Ein Schlußantrag der Mehrheitsparteien mußte dieser Debatte ein Ende bereiten. In rascher Folge wurden darauf noch einige Artikel angenommen. Dienstag steht die Auseinandersetzung mit der Arbeit auf der Tagesordnung.

Notizen.

Die Entscheidung in Straßburg. Bei der Abstimmung über die Frage des Beitritts zur dritten Internationale auf dem französischen Sozialistenkongress erhielt die Richtung Longuet, die für den langjährigen Anschluß an die dritte Internationale eintrat, die Mehrheit mit 3300 Stimmen, die Richtung Loria, die für den bedingungslosen unverzüglichen Beitritt eintrat, 2620 Stimmen und die Richtung Hum, die sich von der Richtung Longuets nur durch geringe Nuancen unterscheidet, 730 Stimmen. Die Richtung Renaudel sah sich genötigt, ihre Resolution zurückzuziehen. Durch diese Abstimmung ist die Einigkeit in der französischen sozialistischen Partei gewahrt.

Ein Grubenarbeiter wegen Sabotage verurteilt. Das außerordentliche Kriegsgericht in Wetzlar verurteilte den Bergmann August Römer wegen verurtheter Sabotage zu zwei Jahren Gefängnis. Römer hatte auf dem Schacht IV der Zeche Friedrich Thyssen verurthet, eine Drucklokomotive in den Schacht zu jagen, nun auf diese Weise den Betrieb stillzulegen. Der Bergmann Franz Rebold, der mit Römer an der Maschine gearbeitet hatte, wenn auch ohne Sabotageabsicht, erhielt 2 Monate Gefängnis.

Aufhebung von Zeitungsverboten. Von Dienstag den 2. März an sind die bisher verbotenen unabhängigen Blätter: „Das Volksblatt“ in Halle, die „Merseburger Arbeiterzeitung“ und der „Volksbote“ in Zeitz wieder freigegeben worden. Das „Volksblatt“ in Halle durfte bisher schon erscheinen, aber nur Inserate und die amtlichen Bekanntmachungen bringen.

Die Verbrecher-Kamarilla. Wie die Korrespondenz Herjos aus Budapest meldet, sind zwei Mitglieder des Oedenburger Offiziersdetachements auf Veranlassung des Armeekommandos unter der Beschuldigung verhaftet worden, an dem Morde beteiligt zu sein, dem die Redakteure des sozialdemokratischen Blattes Rejsgaba, Somogyi und Baco, zum Opfer gefallen sind; die Verhafteten mußten jedoch wieder auf freien Fuß gesetzt werden, da die Mitglieder dieses Detachements mit Verwilderung des Gehirns und Veranstaltung eines allgemeinen Programms drohten, falls die Verhaftung aufrechterhalten werde.

Ein „Reichsverweiger“. Die ungarische, unter dem weißen Schilde gewählte Nationalversammlung hat den Admiral Miklos von Horthy zum Reichsverweiger gewählt, worauf dieser den Eid auf die Verfassung ablegte. Die Nationalversammlung beschloß ferner, der Wahl Gesetzeskraft zu geben und ein Ehrenhonorar von drei Millionen Kronen für den Verweiger auszugeben. Horthy gilt als Schrittmacher der Habsburger. Die Reaktionen bewilligen sich ganz hübsche Summen und das ausgepowerte ungarische Volk darf sie bezahlen.

Möbel-Haus Friedrich Lorenz
Inhaber: **Karl Beyerling**
Peterstraße - Nr. 17 -
Zentrum der Stadt, Haltestelle der Straßenbahnlinie 6

Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen

Wohnzimmer nussbaum furniert und mitliert
Schlafzimmer nussbaum, mahagoni, eiche furniert u. mitliert
Speise- und Herrenzimmer altes, hell und dunkel gebeizt 540
Küchen gestrichen und natur lackiert
Polsterwaren in bekannt bester Ausführung.

Eigene Tischler- und Polsterwerkstätten, Beschäftigung ohne Konkurrenz gern gestattet.

ff. Liköre
Kognak-Weinbrand — Kognak-Verschnitt
Rum — Fruchtsekt — diverse Weine

offert **Büchse**
Büchsefabrik und Weinhandlung
A. Schiller Nachfl.
Dr. Mühlstraße 11, erster Boden von Ecke Kaiserstr.
Telefon 1213.
Flaschen mitbringen.

Berlitz-Schule
Sprach-Schule für Erwachsene.

Engl., Franz., Span., Ital., Russ., Deutsch für Ausländer.

Einzel- und Klassen-Unterricht während des ganzen Tages. Eintritt jederzeit. Nennlicher Unterricht! Der Schüler hört und spricht von der ersten Stunde an nur die zu erlernende Sprache.

Geschäftssprache. — Literatur. — Vorbereitung für Reisen ins Ausland. —

Steinstrasse 1.
Prospekte kostenlos. 32293 Prospekte kostenlos.

Gekrönte Häupter Buchhandlung Volksstimme

Alte Wollstrümpfe
aller Art usw. sowie **Hauslumpen**
kauft zu höchsten Preisen

Rastner, Breiteweg 222
bietet am **Bismarckdenkmal** Fernsprecher 4109.
7761 Behaltungen werden abgeholt.

Primo holländ. Blätter-Rauchtabak
in original-holländ. 4-Pfund-Paketen, Paket 14.00 Mark, bei Großabnahme Sonderpreis — laufend lieferbar. 7781

Walter Conrad, Verkaufsräum Hof Ants.
Johannisberg 14.

Südost Wir kaufen zu höchsten Tagespreisen **Südost**

Alteisen u. Altmetalle
Kupfer, Rotguth, Messing, Zinn, Blei, Zinne etc.

Felle u. Häute jeder Art
Lumpen — Wolle — Tuchabfälle 4761

Mendelsohn & Co., Alt-Salbke 43

Monatlicher Beginn neuer Kurse

2 Minuten vom Bahnhof entfernt

BRUCK'S

Jahreskurse
Halbjahreskurse
in landw. u. kim. Buchführ., Handels-Brie wechsel, Rechnen, Stenographie, Maschinenschreiben, Schönschreiben, Deutsch, Englisch und Französisch.

Kaufmännische Privatschule
von **Alfred Bruck Jenny Bruck**
Kaufmann wissenschaftl. Lehrerin
Magdeburg, Wilhelmstr. 1. Fernspr. 1242.

Jedes vorstehend angeführte Unterrichtsfach kann auf beliebige Dauer einzeln belegt werden.

2 Minuten vom Bahnhof entfernt

2 Minuten vom Bahnhof entfernt

Warenhaus Gebr. Barasch

Abteilung für Geschenkartikel 2. Stock (Fahrstuhl)

Sehenswerte ständige

Ausstellung
preiswerter Geschenke für Verlobungs-, Hochzeits- und Jubiläums-Festlichkeiten

Vereins- und Sportpreise in reicher Auswahl
Elegante Luxus- und praktische Gebrauchsartikel
in Silber-, Messing-, Kupfer- und andern Ausführungen.

Reich dekorierte Vasen in echt Porzellan, Majolika u. Kunsttöpferei, vielfach echt Handmalerei.

Künstlerische Nachbildungen
alter Meisterwerke des Kaiser-Friedrich-Museums und andrer Kunststätten
Magdeburger Andenken von bleibendem Wert.

Für den modernen Schreibtisch:
Schwarzglas- u. Marmor-Schreibzeuge, Löscher, Petschafte usw.

Photo-Rahmen in allen modernen Formaten.
Bilder in runden, ovalen u. allen andern Ausführungen.
Nippes in großen Sortimenten von Mk. 0.95 pro St. bis zu den feinsten Genres.

Unsre Kunstabteilung übernimmt die Reparatur aller Kunstgegenstände in Marmor, Terrakotta, Porzellan, Bernstein usw. unter Garantie für fachmännische Ausführung zu mäßigen Preisen.

S. Obwald, Alte Ulrichstraße 14/15
Möbel-
— Ausstellung in 4 Etagen —

Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer
Wohnzimmer, Küchen, Einzelmöbel

Große Auswahl
Solide Preise!

Spezialhaus für Wohnungs-Einrichtungen

Rechtsbeistand
in Ehe, Alimenten-, Straf- u. Steuerrech., Rechtsauskunft, Gejurte, Testament, Beschwörenden usw. O. Beurer, Volksanwalt, Kleine Sternengasse 3, l. 514

Gutes, ausgefülltes 7765

Frauenhaar
zahlte pro Gramm 6 Pfg., Also 80 Wrt.

Willy Träbert, Prälatenstraße Nr. 18
gegenüber Becker's Bierstadeln.

Fahrad - Müntel und Sand-Schrotmühle
Schläuche, auch mit Pöckern
kauft **Schudel, Reuffstr.** im Schwungrad f. 185 & abzug
Hundsbücker Str. 15, h. l. Rogge, Giebtendorferstr. 17, l.

Ankerlin
der gute Schuhkrem

ist in Friedensqualität wieder überall zu haben. H 286
Fabr. Schmitt & Förderer, Cassel-Wilhelmshöhe.
Vertreter: **A. Seidel, Magdeburg, Königgräzer Straße Nr. 4.**

Nur in Magdeburg-Budan, Horbertstr. 1 können Sie für 7269
Alteisen und Felle
sowie Glasfen, Lumpen usw. die höchsten Tagespreise bei **A. Gleitmann** erzielen.

Zu kaufen gesucht:
Leitspindel-Drehbank
Spindelhöhe etwa 220x400,
Drehlänge etwa 1.25, mit
Plan- u. Röhrenschneide
komplett, mit Vordervor-
gelege, ferner 2294

Bohr-Maschine
für Hand- u. Kraftbetrieb
Limboffe-Schraubstock,
Nichtplatte, 1x2 Wrt.,
Blasbalg, Schmiede-
handwerkzeug,
möglichst gut erhalten.

Otto Thiele
Magdeburg, Umlandstr. 3

Geben Ihre 508
Uhren nicht?
Reparaturen jeder Art.
Neue Uhren, Ketten, Kollern,
Broschen usw. sehr preiswert.

Fr. Pöllnitz, macher.
Schneebergstr. 9a, kein Laden.

Eine neue feidgr. Stiefelhose
für 130 Mark zu verkaufen bei
Faber, Brückstraße 3. 7778

Oh! Ein graues Haar!

20 Jahre länger nach Gebrauch von **Exlepang I.**
Das beste Haarfarbmittel, weitherhält u. erprobt.
Karton 15.- Mk.
Bei mir zu haben.

R. Gembalowski
Breiteweg 207, Haltestelle Hauptpost.

1/1 Gelt-Flaschen Stück 1.05 Wrt.
1/1 Weißwein-, Rotwein-, Cognac-Flaschen Stück 55 Wrt.

Wannen-, Milch-, Portwein-, Burgunder-, sowie sämtliche Was-, Bier-, Eis- u. Eimer-Flaschen

Altmetalle Kupfer, Messing, Rotguth, Zinn, Zinn, Aluminium, Stanniol und Flaschenstopfen
Altpapier Zeitungen, Zeitschriften, Altes, Geschäftspapier, Papfabfälle, Papierabfälle sowie sämtliche Sorten Felle, Häute, Lumpen, Wolle kaufen

Sorger & Freund
Schneebergstraße 12. 620 Jakobstraße 3.
Fernruf 7728 u. 6542. Jeder Posten wird kostenlos abgeholt.

Erich Wilke
Uhrmacher und Juwelier
215 Breiteweg 215
zwischen Oranien- und Anhaltstraße
gegründet 1879.

Ich kaufe wie bekannt zu realen und allerhöchsten Preisen
alte Löffel, Ringe, Ketten, Uhren, Bestecksachen usw.

aus
Gold Silber Platin

Jeder, auch zerbrochene, Gegenstand wird genau geprüft, reell gewogen und höchstens bezahlt. 7739

Rammorn-Cheviot Höhe 650 Wrt., Kleider- schrant 280 Wrt. best. Wolf, Sülzeber Str. 13, pt. 1. 501

blau, schwarz, 82-154 M. pro Wrt., f. Kopf, f. Stühle, blau, 168 u. 198 M. grau, braun, gelb, gemustert 138-214 M., v. 1921

alte Gold, Silber, Brillanten
alle Gold, Silber, Brillanten
Solde-Breite O. Schildmayer
Scheitelpare. 7785
Alteanu, Wittigste. 20, 1. Johannisbergstraße 2. 504

Decken Sie rechtzeitig Ihren Bedarf an
Feld-, Gemüse- u. Blumenamen
Hülsenfrüchte ohne Bezugschein

Otto Rauchmann
Gamenhandlung 458
Kaiserstraße 13, Ecke Wilhelmstr.

Für alle Sorten Häuten. Felle

Fuchsfelle	Rehfelle
Stitzfelle	Hirschfelle
Marderfelle	Ziegenfelle
Maulwurzfelle	Schaffelle
Raninfelle	Rohhäute
Rakenfelle	Dachsfelle
Katzenfelle	Pferdestutzhaare

und Schafwolle 7563

erzielen Sie die allerhöchsten Tagespreise nur in der

Leipziger Einkaufszentrale
Hops, Magdeburg, Jakobstraße 40
Groß-Abnahmestelle für Händler und Sammler.

Die Nationalversammlung.

144. Sitzung.

Berlin, 1. März.

Vor Eintritt in die Tagesordnung kündigt Abg. Cohn (Unabh. Soz.) seinen Antrag auf Aushebung des Ausnahmezustandes für den Regierungsbezirk Düsseldorf.

Das Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen wird ohne Aussprache dem Verfassungsausschuss überwiesen.

Veratung des Reichseinkommensteuergesetzes.
§ 2 handelt von der persönlichen Steuerpflicht. Abg. Dr. Weder (Hessen, Dt. Sp.) beantragt einen Zusatz auf Freizeitung der im Ausland liegenden Grundstücke und Gewerbebetriebe, die bereits am 31. Juli 1914 Eigentum des Steuerpflichtigen waren, um eine Doppelbesteuerung zu vermeiden.

Nach Ausführungen des Berichterstatters und eines Regierungsvortragenden wird der Antrag abgelehnt und § 2 unverändert angenommen. Die folgenden zehn Paragraphen werden ohne Aussprache angenommen.

Über § 12, der das nichtsteuerbare Einkommen behandelt, entspiant sich eine längere Debatte.
Abg. Dr. Wundt (Demokrat) beantragt, die Steuerbefreiung auch auf die Tötungsgegenstände auszuweiten, die auf Grund des Kolonialbeamten-Gesetzes von 1910 gewährt werden.
Abg. Weßlich (Dt.-natl.): Wir beantragen, daß die Frist für die Herabsetzung des Grundbesitzwerts von 10 auf 5 Jahre herabgesetzt wird.

Abg. Seger (Unabh. Soz.): Die Bestimmung, daß die Naturabzüge der Angehörigen der Wehrmacht steuerfrei sind, ist eine unbillige Bevorzugung der Reichswehr. Wir beantragen Streichung.

Der Antrag Wundt wird angenommen.
Es kam nunmehr über den Antrag Weßlich macht Schwierigkeiten, da eine Mehrheit nicht ersichtlich ist. Für den Antrag stimmen mit den Rechtsparcien das Zentrum und einige Demokraten.

Die Abstimmung muß durch Hammelsprung erfolgen. Es stimmen 87 Abgeordnete dafür, 100 dagegen. Das Haus ist also beschlußfähig. Der Präsident bestimmt die nächste Sitzung auf eine Viertelstunde später an.

Stoete Sitzung.

Präsident Behrenbach: Die Abstimmung über den Antrag werden wir natürlich jetzt nicht vornehmen. Vielleicht gelingt es den Fraktionsführern, das Wichtigste ihrer Fraktionsgenossen so weit zu überreden, daß wir im Laufe dieser Woche noch einmal zu einem beschlußfähigen Hause kommen. Ich bitte dringend darum, (Allseitige Zustimmung.)

§ 12 wird im übrigen angenommen.
Zu § 13 beantragt Abg. Weßlich (Dt.-natl.) erweiterte Abzugsfähigkeit des Abnutzungswertes der Gebäude und Inventarien.

Abg. Gothein (Dem.): Eine Erweiterung der Abzugsfähigkeit ist in der Tat notwendig. Wie beantragen für die kleineren Einkommen die Beiträge zu politischen oder kulturfördernden Vereinigungen steuerfrei zu lassen, besonders in Anbetracht der Tatsache, daß die Wohlfahrtsvereine auch in Zukunft von Reich oder Staat nicht allein übernommen werden können. Dazu sind wir zu besorgt.

Unterstaatssekretär Moeske: Steuerfreie Mädlagen zu schaffen, ist zweifellos richtig; aber man darf nicht zu weit gehen. Der Antrag Gothein möchte zunächst einmal neu geprüft werden.

Abg. Gothein stellt seinen Antrag bis zur dritten Lesung zurück.
Abg. Weder (Dt. Sp.) beantragt die Abzugsfähigkeit der Beiträge zu den öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen, wie Handwerkskammern, Landwirtschaftskammern usw. Dasselbe muß gelten für die Beiträge zu Berufsverbänden ohne öffentlich-rechtlichen Charakter.

Abg. Dr. Wundt (Dem.): Die Abzugsfähigkeit der Beiträge für die öffentlich-rechtlichen Körperschaften hat der Ausschuss abgelehnt, weil daraus der Steuerbehörde große technische Schwierigkeiten erwachsen würden.

Abg. Keil (Soz.) beantragt, daß die Mehraufwendungen für den Haushalt, die durch die Erwerbsefähigkeit der Ehefrau notwendig geworden sind, von dem zu versteuernden Einkommen abgezogen werden dürfen. Dem Antrag Weder, auch die Beiträge zu Berufsvertretungen abzuziehen zu lassen, widersprechen wir aus steuerlichen Gründen; die Erleichterungen für den einzelnen sind da geringer als der Steuerentgang des Reiches. Außerdem würden diese Ab-

züge nicht auf die reinen Berufsvertretungen beschränkt bleiben. Einem ungeschicklichen, selbständigen Abzug muß unter allen Umständen vorgebeugt werden. Sollte der Antrag aber durchgehen, dann muß das Abzugsrecht auch für die übrigen Berufsvertretungen, die Gewerkschaften usw., gelten.

Abg. Mumm (dt.-natl.): Wir würden es begrüßen, wenn auch Beiträge für gemeinnützige Zwecke abzugsfähig sein sollen. Dazu gehören auch die Beiträge für religiöse Gemeinschaften.

Abg. Keil (Soz.): Solange es dem Reich am Mernotwendigsten fehlt, solange nicht einmal den Armisten, den Kriegsbeschädigten und den Kriegshinterbliebenen, wirksam geholfen werden kann, können wir es unmöglich dem Belieben des einzelnen überlassen, ob er sich entschließt, den zehnten Teil seines Vermögens herauszugeben. (Weißlich links.)

Der Antrag auf erweiterte Abzugsfähigkeit für Erneuerungen und Rückstellungen wird abgelehnt gegen die Stimmen der Rechten und des Abg. Gothein.

Der Antrag Keil (Abzug der Mehraufgaben bei Erwerbsfähigkeit der Ehefrau) wird angenommen.

Der Antrag Weder (Abzugsfähigkeit der Beiträge zur Berufsvertretung) wird angenommen.

Im übrigen wird § 13 in der Ausschlußfassung angenommen. § 15 bestimmt, daß bei der Veranlagung zur Einkommensteuer das Einkommen der Ehegatten zusammengerechnet wird.

Abg. Düwell (Unabh. Soz.): Wir sind gegen die Zusammenrechnung des Einkommens des Ehemannes und der Ehefrau, sofern dieses Einkommen 5000 Mark übersteigt. Die Ehefrau arbeitet nicht zu ihrem Vergnügen.

Die Abg. Wundt (Dem.) und Keil (Soz.) wenden sich gegen den Antrag Düwell, der gerade das Gegenteil des Gewollten erreichen würde.

Die Abstimmung über den Antrag wird zurückgestellt.
Zu § 16 beantragt Abg. Weßlich, daß das Einkommen eines Kindes nur dann dem Einkommen der Eltern zugerechnet werden soll, wenn es sich um Einkommen aus Kapitalvermögen handelt.

Abg. Weder (Dt. Sp.): Wir beantragen die Zusammenrechnung nur bei minderjährigen Kindern ohne Rücksicht auf die Art des Einkommens.

Abg. Hesse (Dem.): Wir beantragen selbständige Veranlagung des Arbeitseinkommens der Kinder und Zusammenrechnung des sonstigen Einkommens mit dem der Eltern.

Abg. Keil (Soz.): Den Antrag Weder lehnen wir ab. Wir legen entscheidenden Wert darauf, daß die Zusammenrechnung des Einkommens des Haushaltsvorstandes mit dem Arbeitseinkommen auch der minderjährigen Kinder unterbleibt. Dem Antrag Weßlich stimmen wir zu.

Der § 16 wird hierauf in der Ausschlußfassung mit der Änderung angenommen, daß nur bei minderjährigen Kindern die Zusammenrechnung des Arbeitseinkommens unterbleiben soll.

Die §§ 19 und 20 enthalten die Steuerfäße.
Abg. Seger (Unabh. Soz.): In Anbetracht der ungeheuren Steigerung aller Preise müsse das steuerfreie Einkommen, wenn es die Höhe des Existenzminimums erreichen konnte, mindestens 15 000 Mark betragen. Die Abzüge dürften nur bis zu dieser Grenze gemacht werden. 3000 Mark ist aber das allerwenigste, was wir fordern.

Abg. Wundt (Dem.): Auf kinderreiche Familien ist weitgehende Rücksicht genommen.

Abg. Düwell (Unabh. Soz.): Wir fordern einen Steuerfuß von 60 Prozent schon bei 10 000 Mark, ansteigend bis zu 85 Prozent. Im Existenzminimum begnügen wir uns mit 3000 Mark steuerfreiem Einkommen.

Abg. Keil (Soz.): Es ist wahrlich keine schwere Aufgabe, Anträge zu formulieren, die noch viel weitergehen, um so kapitalistischen Bedürfnissen noch mehr entgegenzukommen; ich könnte auch genug soziale Gründe dafür angeben, aber ich möchte nicht, wie dann

das deutsche Staatswesen erhalten werden könnte. (Zuruf des Abg. Seger: Glauben Sie mit Ihren Anträgen das deutsche Staatswesen erhalten zu können?)

Sie haben durch Ihren Antrag ja selbst die Notwendigkeit dazu anerkannt. Im Vorderab haben Sie es abgelehnt zu begründen, wie das „kapitalistische Reich“ erhalten bleiben soll und im Nachab haben Sie ausschließlich Ihren Antrag begründet, der gerade dazu beitragen soll, dies zu tun. — Endlich haben wir nach zu sagen: wenn man das Existenzminimum frei lassen wollte, müßte man natürlich höher gehen. Aber selbst die Herren Unabhängigen müssen zugeben, daß dies eine Unmöglichkeit ist, in dem sie selbst das Existenzminimum mit 10- bis 12 000 Mark angeben und doch nur 10 000 Mark steuerfreies Einkommen verlangen. Es ist eben leider bei dem Steuerelend des Reiches unmöglich, die Sähe frei zu lassen, die heute für die Lebens-

führung notwendig sind. Dies bedeutet niemand mehr als meine Fraktion. Wir müssen uns aber bemühen, um das Mantel des Reichsbudgets zu bedenken, und um gerade auf die wirtschaftlich schwachen Kreise Bedacht zu nehmen, möglichst viel aus den direkten Steuern, wie der Einkommensteuer, herauszuholen, um die die breiten Massen drückenden ungerichteten Steuern möglichst gering gestalten zu können. Die herange Fassungen bedeutet für kinderreiche Familien einen großen Fortschritt gegenüber allen einzelstaatlichen bisherigen Fassungen. Eine alleinstehende Person hat 1500 Mark steuerfreien Einkommensanteil, bei zwei Personen 2000 Mark, bei drei 2750 Mark, bei vier 3400 Mark, bei fünf 4100 Mark, bei sechs 4800 Mark und bei sieben Familienmitgliedern 7500 Mark, die von der Steuer befreit sind. Wir (zu den Unabh. Soz.) haben mehr Wert darauf gelegt, uns eine Mehrheit für die die Arbeiterchaft in Wahrheit entlastende Bestimmung zu sichern, als nur agitatorische Anträge einzubringen. (Weißlich bei der Mehrheit.)

Unterstaatssekretär Moeske: Den Antrag, die steuerfreie Grenze auf 3000 Mark festzusetzen, bitte ich in Anbetracht des großen finanziellen Ausfalls abzulehnen. Den Antrag des Abg. Wundt begrüße ich mit einem nassen und einem heitern Auge.

§ 19 wird mit geringen Änderungen angenommen.

Der Antrag auf Feststellung der steuerfreien Einkommensgrenze auf 3000 Mark wird abgelehnt.

§ 20, der den Steuerfuß enthält, wird in der Fassung des Entwurfs unter Ablehnung der unabhängigen Anträge angenommen.

Damit wird die Beratung abgeschlossen.
Präsident Behrenbach verteidigt den bereits angeklagten Initiativantrag des Abg. Cohn (Unabh. Soz.) betreffend Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten für den Regierungsbezirk Düsseldorf über den Ausnahmestand.

Abg. Dr. Cohn (Unabh. Soz.) begeht die Dringlichkeit seines Antrags. Die Verordnung stellt den ganzen geschützten Rechtsstaat in Frage.

Präsident Behrenbach: Mit Rücksicht auf den Umstand, daß diese Verordnung des Reichspräsidenten doch schon vom 13. Januar stammt, überlasse ich es der Prüfung des Hauses, ob eine so dringliche Behandlung des Antrags erforderlich ist.

Bei der Abstimmung ist die Mehrheit gegen eine Verhandlung am Dienstag. Mit der Verhandlung am Mittwoch ist das Haus einverstanden.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr (Weiterberatung des Einkommensteuergesetzes, Kapitalrentensteuer und Landessteuergesetz).
Schluß gegen 8 Uhr. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 3. März 1920.

„Rohlennot“ und Gaswerk.

Die folgende Kritik, die ein über die einschlägigen Verhältnisse unterrichteter Leser an der Verwaltung eines städtischen Betriebs übte, veröffentlicht wir, um eine Klarstellung zu veranlassen, an der Verwaltung und Einwohnerchaft im gleichen Maß interessiert sind. Der Einsender schreibt:

In der „Volksstimme“ vom 27. Februar schildert ein Braunkohlearbeiter, wie die Bergbauunternehmer alle Hebel in Bewegung setzen, um der Oeffentlichkeit zu beweisen, daß nur der Arbeiter schuld ist an der Fortdauer des jetzigen Elends. Die Arbeiterschaft weiß aber, daß nicht sie der schuldige Teil immer ist, sondern daß es unzählige maßgebende Stellen und Verwaltungen gibt, die sich Verschämnisse zuschulden kommen lassen. Ein Beispiel dafür bietet auch unser Gaswerk.

Seit Wochen sind die Kohleneingänge auf dem Gaswerk durch aus zufriedensstellend, so daß bereits größere Mengen auf Vorrat gelagert werden konnten. Neben der Steinkohle lagert auch Braunkohle in größerer Menge, und zurzeit macht man anscheinend Versuche mit Breiten. Vielleicht will man daraus einen besten „Grudlofs“ erzielen als aus Braunkohle. Als nun die Kohleneingänge eine Vergrößerung des Betriebs zuletzten, zeigte sich ein anderes Uebel. Sobald die Gasabgabe beendet war, füllten sich rasch die Gasbehälter, und da doch fortbauern Gas erzeugt wurde, suchte es sich einen Weg ins Freie und zirkte unter den Kesseln

Der Schandfleck.

Roman von Ludwig Angenruber.

(4. Fortsetzung.)

„Ja ja, es möcht schon recht sein, wenn Ihr so tätet, es hätt' nicht schaden, wenn es mir nicht! Aber Ihr Hochwürdiges Herren seid ja selber so, alle Eiern seht Ihr einem die Sünden nach, und darauf rüdt Ihr sie ihm wieder allzumachen vor —, wenn bestimmt ist, daß es einem eingebracht werden soll, so steht wohl auch schon das Urteil fest, was hilft nachher alles Beten und zum Kreuz Frieren?“

„Es hilft auch nicht ohne aufrichtige und — wo es noch etwas aufzumachen gibt — tätige Reue. Wie aber kommt Er dazu, Herrlinger, daß Er sich leichter in eine harte Fährung und ein itreniges Gerücht Gottes ergibt, als an dessen Milde und Barmherzigkeit glaubt?“

„Ja, es ist mir halt alles im Leben so überquer gekommen. Immer eines auf das andre, als ob es hätt' sein müssen, niemal ist es mir so gut geworden, daß ich einem Jammer hätt' ausbeugen können, niemäl hat es mich aus einem D'raupial gerissen. Wie andre oft, daß man meint, ihr Schutengel führt sie an der Hand heraus, und wenn man so immer und alleweil ohne jede Hilfe verbleibt, denn merkt man wohl, wie man nie etwas hat tun können gegen das, was geworden ist, so kann man auch nichts tun gegen das, was werden will, und wenn es der Herrgott auf einen abgesehen hat, da muß man noch froh sein, wenn man ihm abbeteln kann, daß er es nicht gar zu groß macht. — Bis kleiner Sub' hab' ich meine Mutter verloren, mein Vater hat nach ihr ein junges Weib genommen und kurz darauf kam auch ein Steifbruder zur Welt, natürlich waren bald alle drei gegen mich, die Mutter wegen ihrem Kind, der Vater wegen der Naturin und der kleine Steifbruder hielt sich an das Beispiel der beiden; nun ja, mein Erbrecht auf die Mühle trug mir all die Geplänkchen ein, das konnte ich freilich damals nicht wissen. In so jungen Jahren hat man noch nicht den Verstand, aber eben so man gar keine Ursache weiß, da tut es desto weher, wenn man immer so lieblos aus dem Wege geschoben wird. — So bin ich ausgewachsen, dabei hab ich nichts Gutes genossen, aber auch außerem Haus hätt ich mir nichts herausnehmen sollen. Die andern aller Leute lachten, wenn ihre Wurzeln wild und toll taten, und meinten, so bleibt's nicht und sie würben sich schon die Hörner ablassen, mir aber sagte mein Vater, ich

sollte mir derlei vergehen lassen, sonst erschläge er mich. Daß ich ihnen neidig war, sahen sie gar bald, und sie zahlten mir mit Spott heim. Da hab' ich denn aus Troß angefangen, es heimlich ärger zu treiben, wie sie offen; o, auf krummen Wegen findet man schon auch seine Leute, ist zwar dem einen an dem andern nichts gelegen, aber zum Gruß und Dank ist man sich gerade gut genug.“

Der Pfarrer rührte mit der Hand an die Bettdecke. „Hör Er, Müller, da gibt Er wohl selber zu, daß das nicht zu loben und nicht gut getan war, ich denke, es könnte Ihm auch die Reue darüber nicht schwerfallen.“

„Das nicht, Hochwürdig, das wohl nicht, derlei unbedachte Sündigkeit mag wohl einer rechtshafnen bereuen! Wer weiß, ob es nicht ohne das mit mir ganz anders stünde — ob ich jetzt auch schon so fiesch daläge? Hat obnehm meine wilde Zeit einmal abbrechen wollen, aber es hat ja nicht sein sollen. Das war, wie die Weninger Kathrin zu uns auf die Mühle in Dienst kam, mit der hielt ich es auf der ehelichen geraden Straße, der war viel an mir gelegen, und ich irente mich, daß ich einmal auch so eine Land. Was für ein Ende es genommen, darauf mögen sich wohl noch viele Leute im Ort befragen, mein Vater steckte sich hinter den Herrn Pfarrer und den Herrn Bürgermeister, durch den Narren laden und nach ihr Heimab schießen. Seither hab ich das Weibsbild nicht mehr gesehen. Mich aber nahm der Vater in seine Stube und sagte, wenn mir nur um das Heiraten zu tun wäre, so hätte er eigentlich nichts dagegen, und es schide sich eben eine Gelegenheit dazu, die ihm taugt und auch mir recht sein könnte; auf den Strach geschlagen habe er schon, die reiche Müllerstöcher aus dem Nachbort gäbe man mir gern und die dürfte mir doch nicht zu gering sein? Am Hochzeitstag wollte er mir die Mühle verschreiben und dann mit Weib und Kind nach dem Hof der Schwiegereltern ziehen, weil die alte Leute sich zur Ruhe setzen möchten. Ob ich mit all dem einverstanden wäre? Ich sagte: nein —, und wenn er mir eine Kronprinzess zum Weibe angetragen hätte, ich hätte ihm nein gesagt, nur um ihn zu ärzern, und dabei glaubte ich auch bleiben zu können; aber er führte mich zu seinen Büchern und Aufschreibungen, und da hatte es nicht viel Rechnen not, so wußte ich, wie eine Stiefmutter wirtschaften und zur Seite schleppen kann. Der Vater hatte mir gar nichts mehr zu berechen, binnen Jahr und Tag konnten uns die

Gläubiger aus unfrem Besitz treiben, und ich hätte, wie der ärmste Knecht, mir Brot und Unterkunst suchen müssen; wollte ich die Mühle, woraus die Herrlinger an die hundert Jahre gehaust hatten, behalten, so müßte ich wohl die Müllerstöcher nehmen, und so hab ich sie denn auch genommen. Meine Sippchaft zog fort, und wenn nur ein wenig Glück mit meinem Weibe hätte einziehen wollen, es wäre nun Platz gewesen! Viel Geld, das muß ich sagen, kam mit ihr in das Haus, aber wenig Segen. Ich merkte bald, wir waren einander zu gleich, es hatte ein die selben Fehler und Unlugenden wie das andre, und der rechtet keins mit sich, sondern was man nicht gern an sich selber sieht, daß verschumpfert man dann an dem andern. Sie war nicht besser wie ich. Ich sage nicht, daß sie auch leichtlebig gewesen wäre, aber sie war nicht besser als ich, und die Weibsleute sollen immer besser sein wie der Mann, sonst laugen sie nichts. Das war ein böses Einfsehen, denn mit aller Oeffnung auf einen gedeihlichen Hausstand war es vorbei, und als Welt mein Hauskreis zu sich nahm, da war es zu spät, ich hatte mich schon in alles d'raein ergeben, und es war nichts mehr da, nach was ich hätte verlangen mögen. — Ja, die erste Zeit hatte ich oft an die Kathrin gedacht, denn manchmal hätte ich wohl auch gern jemand zur Ansprache gehabt, von dem ich wußte, er sei mir so recht von Herzen gut. Gines Abends setzte ich mich hin und schrieb einen Brief an sie, schrieb ihr, daß ich für sie und ihr Kind sorgen wolte, daß ich sie noch immer lieb hätte und daß sie auch mich nicht vergessen solle; und ich gestand ihr zu, es wäre vielleicht besser gewesen, ich wäre ihm zuliebe Knecht geworden, als wegen der andern auf der Mühle verblieben. Es war der erste Brief, er sollte auch der letzte sein. Eben als ich ihn aufgeföhnt hatte, erhielt ich eine Vorladung vons Kreisgericht, die Katharina Weninger hatte sich einen Advokaten genommen, damit er vor Gericht ausmache, daß ich ihr das Kind veralimtiere. Da hatte ich die Antwort auf meinen Brief und konnte das Porto ersparen. Die Vorladung vons Gericht, Hochwürdig, die Vorladung vons Gericht, das war das erste Lebenszeichen, das der Vater von seinem Kind erhielt. Da hab ich denn meinen Schreibr brief zerrissen, und weil gar kein Vertrauen zu mir war, auch für den Waben, solange noch mein Weib und die andre lebte, nicht mehr getan, als mir ist aufgetragen gewesen; an die Ansprach war nicht mehr zu denken, und seither hab ich mich auch ohne einer beholfen.“

(Fortsetzung folgt.)

Donnerstag den 4. März 1920

Wohltätigkeits-Ball

in den Sälen des

Hofjägers und Hohenzollernparks.

Mitglieder und Gäste willkommen.

Eintritt einsegl. Tanz 2,00 Mk.

Anfang 8 Uhr. Ende gegen 12 Uhr.

Ausbild. für den Kontorberuf

584



Ferdinand Simon kaufmännische Privatschule. Inhaber: A. Hirschs Erben Viktorstr. 2.



Unentgeltliche mündliche und schriftliche Auskunft

Komplette Wohnungs-Einrichtungen!

Wohnzimmer Schlafzimmer Speisezimmer Herrenzimmer Aparte Küchen in modernem Anstrich und naturbelassen sowie Einzelmöbel

in moderner Ausführung wie Bettstellen m. Spiral- u. Auflegematratze Kleiderschränke Vertikale Tische Stühle Truhenarm. Komod. Waschtolletten Spiegelschränke Pflanzspiegel Wohnzimmerschranke Feuerherde Chaiselongues Plüschsofas

Klubgarnituren bestehend aus 138 1 Klubssofa 2 Klubsesseln auch einzeln abzugeben. Verkauf zu äußerst billigen Preisen.

Auf Wunsch angenehme Zahlungsrichtung. Gegründet 1872. Möbel-Haus A. Friedländer Alte Ulrichstr. 11 Versand auch nach auswärts.

Stadttheater. Mittwoch den 3. März 2. Abend. Note Karten. Zum Gedächtnis Althard Demmel Wenschenfreunde. Anf. 7 Uhr. Ende gegen 9 1/2 Uhr.

Wilhelm-Theater. Heute Mittwoch 7 1/2 Uhr Die Lore am Torc. Donnerstag Der Zigeunerbaron. Freitag Gaskspiel des Stadttheaters Die spanische Fliege. Montag den 8. März Ehrenabend Ferd. Wild-Borghese. Die Dollarprinzessin.

Sämtliches Altseisen größere und kleinere Dosen laßt sich zu höchsten Preisen Kastner Breitenweg Nr. 222. Fernspr. 4109. Auf Wunsch kostenlose Abholung. 7761

Die Dame im Auto Detektivschauspiel in 4 Akten mit Rudolf Lör. 20 Minuten Aufenthalt reich Lustspiel in 2 Akten. Anfang 7 Uhr. Vom Freitag 6. Montag Harakiri Japan. Sensationsdrama, 6 Akte, mit Lu Dagower. Dazu ein Gloskop. Puffspiel, 3 Akte. Anfang 6 1/2 Uhr. Sonntag 5 Uhr.

Müllers Weindiele Kabarett u. Bar Apfelstr. 9. 579. Täglich 4 Uhr Mokkakränzchen mit Künstlerkonzert (Rudi Wach). Abends 8 Uhr pünktlich Das unübertreffliche Star-Programm. U. a.: Gastspiel Robert Steidl.

Zentraltheater. Abends 7 Uhr Die Geisha

Zirkus-Lichtspiele. Nur bis Donnerstag Das Hexenlied. Nach den Motiven aus 'Elfiere d. Teufels' von E. E. Hoffmann. 5 Akte. Liebe, Haß und Geld 5 Akte. Nr. 294. Nach v. Maritt-Roman Im Schillingshof. Spielzeit 4-10 Uhr. Sonntags 3-10 Uhr.

Kaffeestunde. der Gäch.-Thür. Hausfrau am Donnerstag, 4. März, nachmittags 3 Uhr, im Fürstenhof-Tunnel. Hauptvortrag: Pflichten und Rechte des Wickers und Vermieters. Solo, Humor u. Gesangsvorlege. Reich. wirtsch. Ausstellung. - Tombola. - 7769. Programme in d. Besch. der Gäch.-Thür. Hausfrau. Elchhorst, Knochenhauerstraße 17, zu haben.

Sonnbildtheater. Budau. Schönebecker Str. 94b. Vom Dienstag bis 570 Donnerstag Die Dame im Auto Detektivschauspiel in 4 Akten mit Rudolf Lör. 20 Minuten Aufenthalt reich Lustspiel in 2 Akten. Anfang 7 Uhr. Vom Freitag 6. Montag Harakiri Japan. Sensationsdrama, 6 Akte, mit Lu Dagower. Dazu ein Gloskop. Puffspiel, 3 Akte. Anfang 6 1/2 Uhr. Sonntag 5 Uhr.

Die Dame im Auto Detektivschauspiel in 4 Akten mit Rudolf Lör. 20 Minuten Aufenthalt reich Lustspiel in 2 Akten. Anfang 7 Uhr. Vom Freitag 6. Montag Harakiri Japan. Sensationsdrama, 6 Akte, mit Lu Dagower. Dazu ein Gloskop. Puffspiel, 3 Akte. Anfang 6 1/2 Uhr. Sonntag 5 Uhr.

Die Dame im Auto Detektivschauspiel in 4 Akten mit Rudolf Lör. 20 Minuten Aufenthalt reich Lustspiel in 2 Akten. Anfang 7 Uhr. Vom Freitag 6. Montag Harakiri Japan. Sensationsdrama, 6 Akte, mit Lu Dagower. Dazu ein Gloskop. Puffspiel, 3 Akte. Anfang 6 1/2 Uhr. Sonntag 5 Uhr.

Fürstenhof-Prunksaal. Lachstürme über Lachstürme erweckt der urkomische Paul Beckers in der tollen Barleste Fliegentüten-Heinrichs Hochzeit. Anfang 7 Uhr. 118

Stephanshallen. Direction Rich. Frohartz. Erstklassige Variété-Vorstellungen sowie Aufführung von nur einwandfreien Volkstücken.

Zentraltheater. Abends 7 Uhr Die Geisha

Kleintunfbühne Hohenzollern. !! Karro !! der Mann mit den seltsamen Puppen. Der beste deutsche Bauernbuc. Walter Beng | Dora Peters der beste deutsche Kart. die erste deutsche Anjagerin. Ebi Herzfeld der berühmte Wiener Humorist und der sensationelle März-Spielplan. Im Café und Wein-Restaurant täglich große Konzerte der Kapellen Heise und Thiemann. 120

Fürsten-Café mit hocheleganter Winter-Palmen-Garten. Täglich nachmittags und abends: Vornehme Salon-Musik. Wein-, Likör- und Mokka-Zimmer.

L. L. Lichtspiele 'Sibylla' Große Dieckdorfer Straße Nr. 219. Ab Dienstag bis Donnerstag Das große Detektiv-Schlager-Programm! Hang-Lu oder: Der verhängnisvolle Schmutz mit Friedrich Kühne. - 11 Akte. 5 Akte. Europa. Sirocco - Detektiv-Schauspiel in 4 Akten.

Raucht Bonitas!

Nur die allergrößten Rälber Wählen ihren Metzger selber; Willst du Deutschland helfen retten, Wähl nur deutsche Sigaretten!

Stets größte Auswahl in nur deutschen Fabrikaten:

Sigaretten aus nur überseeischen Tabaken 10 Stück von 10 Pf. an,

Sigaretten aus nur orientalischen Tabaken 12 Stück von 12 Pf. an,

Sigarren zu bekannt konkurrenzlosen billigen Preisen.

Otto Lohmann

Sigarren-Halle

nur Alte Ulrichstr. 15a. - Telephon 1148.

BIOX ZAHNPASTA

mit Sauerstoff-Wirkung nach Hofrat Dr. Zucker

WIEDER DA

Umpresshüte für Damen und Herren schnell und preiswert. Schwarz- u. Buntfarben. Lisa Radell, Alvensfeldt, Str. 26.

Beziralswagen 2 3 u. 5 Gg. Tragkraft. 5 und 15 Mio. Taktwagen Tragkraft, a. u. u. Rogge, Schenkenborfstr. 17, L.

Borteilhaftes Angebot

Belz-waren!

Ich empfehle mein erstklassiges großes Lager Stunks, Morde, Hera, Silis, Blaufruchs, Kreuzfruchs, Mastfruchs, Rotfruchs, Herzmurmeln u. in reiner Kürschnerarbeit zu bekannt soliden Preisen in einfacher wie eleganter Aufmachung.

Füchse und Pelzcapes die große Mode. Pelzhüte in allen Preislagen. Pelzbesatz in reichster Auswahl. Aus Leinwandgründen u. Warenknappheit empfiehlt es sich, seinen Bedarf zeitig zu beden.

R. Sternau Spezial-Pelz-Atagengeschäft Magdeburg Alter Markt 32/33.

Borteilhaft kaufen Sie in 507

Sieverlings

Etagengeschäft 17 Jakobstraße 17

Damen-Garderobe in großer Auswahl Eleg. Mäntel Jacken, Kostüme Röcke, Blusen

Herren-Garderobe in großer Auswahl Eleg. Anzüge Paletots, gestr. Hosen, Joppen Arbeitshosen.

Kautabak

in Stangen und Rollen 555 G. E. Ruenber, Magdeburg, Schönefeldstraße 9.

Raucherdank!!!

gea. gesch., ermöglicht in einigen Tagen das Rauchen ganz oder teilweise zu unterlassen. Am liebsten. Wirkung verblüff. Vollständig unschädlich. Tägl. Anerkennung. Ausk. umsonst. Institut Englbrecht, München R 10, Kapuzinerstr. 9.

Möbeltransporte

innerhalb der Stadt, über Land, per Bahn ohne jede Umladung führt billigst aus: Ernst Funke, Alte Bückau, An d. Elbe 5, Telephon Nr. 4400. 609

Einspänner

Hoffuhrwerk mit Kautschuk für Post- u. Bahnhöfen täglich für halben Tag gesucht. Offerten unter B 7783 an die Expedition der 'Volksstimme'.

Umzüge

Führen aller Art Geschäftsförderung, ein- u. zweispännig, übernehm. sofort. Hans Radler, Schönefeldstr. 8. Telephon 5250 und 2475.

Friedrichsbad.

- Feriensitz 1887. - Mit Zustimmung des Magistrats beträgt das Entgelt ab 1. März für 1 Schwimmbad für Erwachsene . . . 1.30 1 Schwimmbad für Kind, untl. 14 Jahr. 0.80 1 Wannenbad 1. Klasse . . . 3.00 1 Wannenbad 2. Klasse . . . 2.50 1 Wollwannenbad . . . 1.00

Magdeburger Volkshochschule

Auf Veranlassung aus dem Hörerkreis hält Dr. Hübener Vorträge über das Betriebsrätegesetz am Donnerstag den 11. und 18. März von 8 bis 8 Uhr in der neuen Viktoriastraße, Fürst-Propst-Str. 13. Karten für den einzelnen Abend 1 Mk., für beide Abende 2 Mk., in der Geschäftsstelle der Volkshochschule, Gröbenstraße 14, in der Zeit von 9 bis 3 Uhr. Sonntags von 9 bis 12 Uhr, und in der neuen Viktoriastraße.

Zahnpulver Nr. 23

(gefeilt geschliffen). Die neue verbesserte Zahnpulverpflege auf wissenschaftl. Grundlage nach Zahnarzt P. Bahr. In 2 Packungen: Rosa erhält die Zähne gesund und blendend weiß Weiß zahnteilndend, reinigend. Man verlange ausdrücklich Nr. 23 mit Namenszug Zahnarzt P. Bahr. In Magdeburg in d. Apotheken und Drogerien erhältlich. En gros durch die G. Dr. Krause.

Rhabarber

große, wirklich starke Pflanzen Stück 80 Pfg., 100 Stück 50 Pfg., habe abzugeben. Otto Fuhs, Neust. Kantienstr. 18, Tel. 5154.

Handleiterwagen

verschiedene Größen, erstklass. Fabrikat, preiswert zu verl. Schön, Alvensfeldt, Str. 3, neben d. Wilhelm.

Betriebsräte Behörden, Arbeitgeber

Verlag Vorwärts

Zu beziehen durch Buchhandlung Volkstimme, Gr. Münzstrasse 3

Wohnzimmer

Schlafzimmer Speisezimmer Herrenzimmer Aparte Küchen in modernem Anstrich und naturbelassen sowie Einzelmöbel

in moderner Ausführung wie Bettstellen m. Spiral- u. Auflegematratze Kleiderschränke Vertikale Tische Stühle Truhenarm. Komod. Waschtolletten Spiegelschränke Pflanzspiegel Wohnzimmerschranke Feuerherde Chaiselongues Plüschsofas

Klubgarnituren bestehend aus 138 1 Klubssofa 2 Klubsesseln auch einzeln abzugeben. Verkauf zu äußerst billigen Preisen.

Auf Wunsch angenehme Zahlungsrichtung. Gegründet 1872. Möbel-Haus A. Friedländer Alte Ulrichstr. 11 Versand auch nach auswärts.

Stadttheater. Mittwoch den 3. März 2. Abend. Note Karten. Zum Gedächtnis Althard Demmel Wenschenfreunde. Anf. 7 Uhr. Ende gegen 9 1/2 Uhr.

Wilhelm-Theater. Heute Mittwoch 7 1/2 Uhr Die Lore am Torc. Donnerstag Der Zigeunerbaron. Freitag Gaskspiel des Stadttheaters Die spanische Fliege. Montag den 8. März Ehrenabend Ferd. Wild-Borghese. Die Dollarprinzessin.

Sämtliches Altseisen größere und kleinere Dosen laßt sich zu höchsten Preisen Kastner Breitenweg Nr. 222. Fernspr. 4109. Auf Wunsch kostenlose Abholung. 7761

Die Dame im Auto Detektivschauspiel in 4 Akten mit Rudolf Lör. 20 Minuten Aufenthalt reich Lustspiel in 2 Akten. Anfang 7 Uhr. Vom Freitag 6. Montag Harakiri Japan. Sensationsdrama, 6 Akte, mit Lu Dagower. Dazu ein Gloskop. Puffspiel, 3 Akte. Anfang 6 1/2 Uhr. Sonntag 5 Uhr.

Die Dame im Auto Detektivschauspiel in 4 Akten mit Rudolf Lör. 20 Minuten Aufenthalt reich Lustspiel in 2 Akten. Anfang 7 Uhr. Vom Freitag 6. Montag Harakiri Japan. Sensationsdrama, 6 Akte, mit Lu Dagower. Dazu ein Gloskop. Puffspiel, 3 Akte. Anfang 6 1/2 Uhr. Sonntag 5 Uhr.

Die Dame im Auto Detektivschauspiel in 4 Akten mit Rudolf Lör. 20 Minuten Aufenthalt reich Lustspiel in 2 Akten. Anfang 7 Uhr. Vom Freitag 6. Montag Harakiri Japan. Sensationsdrama, 6 Akte, mit Lu Dagower. Dazu ein Gloskop. Puffspiel, 3 Akte. Anfang 6 1/2 Uhr. Sonntag 5 Uhr.

Die Dame im Auto Detektivschauspiel in 4 Akten mit Rudolf Lör. 20 Minuten Aufenthalt reich Lustspiel in 2 Akten. Anfang 7 Uhr. Vom Freitag 6. Montag Harakiri Japan. Sensationsdrama, 6 Akte, mit Lu Dagower. Dazu ein Gloskop. Puffspiel, 3 Akte. Anfang 6 1/2 Uhr. Sonntag 5 Uhr.

Die Dame im Auto Detektivschauspiel in 4 Akten mit Rudolf Lör. 20 Minuten Aufenthalt reich Lustspiel in 2 Akten. Anfang 7 Uhr. Vom Freitag 6. Montag Harakiri Japan. Sensationsdrama, 6 Akte, mit Lu Dagower. Dazu ein Gloskop. Puffspiel, 3 Akte. Anfang 6 1/2 Uhr. Sonntag 5 Uhr.